

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Jörg Cezanne, Ates Gürpınar, Caren Lay, Sören Pellmann, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Gruppe Die Linke

Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren in Deutschland

In Deutschland wird im Jahr 2030 jede dritte Person 60 Jahre oder älter sein. Die meisten davon möchten so lange wie möglich selbstständig in ihren Wohnungen und ihrem Wohnumfeld leben.

Die wachsende Zahl älterer Menschen wird in naher Zukunft zu einem steigenden Bedarf an altersgerechtem, weitgehend barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum führen. Mit dieser Entwicklung sind Veränderungen der Anforderungen und Wünsche der Bevölkerung an Wohnen, Wohnumfeld, Freizeit und Infrastruktureinrichtungen verbunden. Die meisten Seniorinnen und Senioren leben mit einer Partnerin oder einem Partner zusammen, mit zunehmendem Alter häufiger auch alleine. Wohnung, Umfeld und Infrastruktur sind entscheidende Faktoren für ein selbstständiges Leben im Alter.

Selbst bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung bevorzugen ältere Menschen die eigene Wohnung und das bekannte Wohnumfeld. Umzüge in Alten- und Pflegeheime finden meist erst bei zunehmender oder schwerer Pflegebedürftigkeit statt.

Die Wohnsituation älterer Menschen ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Auf der einen Seite nimmt ihr Anteil an der Bevölkerung stetig zu. Auf der anderen Seite sind auch ältere Menschen massiv von der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt betroffen. Viele von ihnen würden gern in kleinere Wohnungen in ihrem gewohnten Umfeld ziehen, können aber entweder aufgrund der Wohnraumknappheit keine verfügbaren finden oder die aufgerufenen Mieten, vor allem in Ballungsräumen, nicht zahlen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Zusammenleben und Wohnen von Seniorinnen und Senioren mit anderen Personen?
 - a) Welche Gruppen von Seniorinnen und Senioren lassen sich hinsichtlich ihres Lebensstils und Freizeitverhaltens unterscheiden?
 - b) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen für die zukünftige Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren?
2. Welche Eigenschaften muss nach Kenntnis der Bundesregierung eine durchschnittliche Wohnung für Seniorinnen und Senioren bieten (bitte folgende Punkte beachten: Ausstattung, Wohnfläche, Lage, Wohnumfeld)?

3. Wie viel Wohnfläche steht nach Kenntnis der Bundesregierung durchschnittlich einer Seniorin bzw. einem Senior zur Verfügung (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie nach Klein-, Mittel-, Großstadt und ländlichem Raum aufschlüsseln)?
4. Wie viel Prozent von ihrem Einkommen müssen nach Kenntnis der Bundesregierung Seniorinnen und Senioren durchschnittlich für die Mietbelastung aufwenden (bitte nach Ost- und Westdeutschland, nach Frauen und Männern sowie nach Einpersonenhaushalten, Zweipersonenhaushalten, mehr als Dreipersonenhaushalten und Mehrgenerationenhaushalten aufschlüsseln)?
5. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Verteilung auf die unterschiedlichen Wohnformen bei Seniorinnen und Senioren in Deutschland (bitte in absoluten Zahlen sowie nach Miete bzw. Eigentum, eigener Wohnung bzw. Eigenheim, Gemeinschaftsunterkünften, alternativen Wohnformen und Verteilung Mann bzw. Frau auf die Wohnformen aufschlüsseln)?
6. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Verteilung der Seniorinnen und Senioren auf die unterschiedlichen Haushaltsgrößen insgesamt (bitte in Einpersonenhaushalte, Zweipersonenhaushalte, mehr als Dreipersonenhaushalte und Wohngemeinschaften aufschlüsseln)?
7. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Verteilung von Männern und Frauen auf die unterschiedlichen Haushaltsgrößen, und wie erklärt sich die Bundesregierung diese Verteilung (bitte in Einpersonenhaushalte, Zweipersonenhaushalte und mehr als Dreipersonenhaushalte aufschlüsseln)?
8. Wie viele Mehrgenerationenhaushalte gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung im Vergleich mit dem Jahr 2005 und 2015 in Deutschland, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Veränderung unter dem Aspekt, dass es immer mehr Mehrgenerationenfamilien gibt?
9. Wie viele Seniorinnen und Senioren leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Hausfamilien (bitte nach absoluten Zahlen und im prozentualen Verhältnis zu den übrigen Wohnformen aufschlüsseln)?
10. Wie viele Seniorinnen und Senioren leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Wohngemeinschaften (bitte nach absoluten Zahlen und im prozentualen Verhältnis zu den übrigen Wohnformen aufschlüsseln)?
11. Wie viel altersgerechten und barrierefreien Wohnraum in Wohneinheiten gibt es derzeit in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung?
12. Mit welcher Entwicklung rechnet die Bundesregierung auf dem Wohnungsmarkt unter dem Aspekt der Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen im Jahr 2030 und bis zum Jahr 2050?
13. Mit welcher Entwicklung rechnet die Bundesregierung bezüglich der Haushaltsgrößen bis zum Jahr 2030?
14. Wie viele Wohnungen sind insgesamt im Besitz des Bundes?
15. Wie viele der in Frage 14 erfragten Wohnungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung altersgerechte und barrierefreie Wohnungen (bitte in relativen und absoluten Zahlen aufschlüsseln)?
16. Wie verhält sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der barrierefreien Wohneinheiten zur Zahl der derzeit über 65-Jährigen in Deutschland?

17. Wie viele im Besitz des Bundes befindliche barrierefreie Wohnungen werden von Seniorinnen und Senioren bewohnt (bitte in absoluten Zahlen aufschlüsseln)?
18. Mit welchen konkreten Maßnahmen fördert die Bundesregierung gemeinschaftsorientierte sowie generationsübergreifende Wohnformen, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen sollen?
19. Wie schätzt die Bundesregierung den Erfolg des Programms der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)-Bankengruppe „Altersgerechtes Umbauen“ ein, und worin sieht sie Verbesserungsbedarf, welchen Anteil leistet der Bund aktuell zu diesem Förderprogramm?
20. Für wie viele Wohneinheiten (in absoluten Zahlen) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bis dato Förderungen aus dem Programm der KfW-Bankengruppe „Altersgerechtes Umbauen“ beantragt (bitte nach Jahren seit 2012 und Bundesländern, in sich denen die Wohneinheiten befinden, aufschlüsseln)?
21. Wie viel wurde nach Kenntnis der Bundesregierung bis dato pro Jahr seit 2012 ausgeschüttet (siehe Frage 20)?
22. Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um Menschen auch im Alter und/oder bei Pflegebedürftigkeit den Verbleib im angestammten Quartier zu ermöglichen?
23. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für dringend notwendig, um auf die wachsende Anzahl von alleinlebenden Seniorinnen und Senioren ohne jegliches soziale Umfeld und familiäre Kontakte zu reagieren?
24. Wie viele Seniorinnen und Senioren erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung Wohngeld, und in welcher Höhe erhalten sie dieses (bitte nach Frauen und Männern sowie Bundesländern aufschlüsseln)?
25. Wie viele Seniorinnen und Senioren haben nach Kenntnis der Bundesregierung im vergangenen Kalenderjahr Wohngeld in Form von Grundversicherung im Alter erhalten (bitte nach Frauen und Männern sowie Bundesländern aufschlüsseln)?
26. Was will die Bundesregierung unternehmen, um steigende Wohnkosten zu verhindern, um damit einen erzwungenen Umzug von Seniorinnen und Senioren aus ihrer gewohnten Wohnumgebung zu vermeiden?
27. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Strom-, Gas- und Warmwassersperren in Haushalten von Seniorinnen und Senioren (bitte nach Gründen, Länge der Sperre, Auftreten in den Haushaltsformen und Gesamtzahl der Sperren im letzten Jahr aufschlüsseln)?
28. Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, zu verhindern, dass Seniorinnen und Senioren längere Zeit ohne Strom, Gas oder Warmwasser leben müssen?
29. Wie will die Bundesregierung die Versorgung der älteren ländlichen Bevölkerung sicherstellen (z. B. nahegelegene Einkaufsmöglichkeiten, Ärztinnen und Ärzte in der unmittelbaren Umgebung)?
30. Welche Anforderungen haben Seniorinnen und Senioren nach Ansicht der Bundesregierung an ihre Wohnung?
31. Welche ist die bevorzugte Wohnform, wenn Seniorinnen und Senioren sich für einen Umzug entscheiden?
32. Wie möchte die Bundesregierung unter dem Aspekt der bereits bestehenden und steigenden Altersarmut von Seniorinnen und Senioren innerhalb der nächsten zehn Jahre auf die Wohnkostenentwicklung reagieren?

33. Plant die Bundesregierung, ein Recht auf Wohnungstausch einzuführen, um es Seniorinnen und Senioren zu ermöglichen, kleinere Wohnungen in ihrem gewohnten Umfeld zu beziehen und damit Familien die Möglichkeit zu schaffen, größeren passenden Wohnraum zu mieten, und wenn nein, warum nicht?
34. Plant die Bundesregierung, ältere Menschen über 70 Jahren vor Kündigungen wegen Eigenbedarf besser zu schützen, und wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 22. November 2024

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Gruppe